

Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik

Pappi, Franz Urban

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pappi, F. U. (1979). Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik. In J. Matthes (Hrsg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa: Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages in Berlin 1979* (S. 465-479). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-136632>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Franz Urban Pappi

Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik

Spannungslinien (cleavages) werden als struktureller Dispositionsbegriff aufgefaßt. Damit sind zwei Probleme zu lösen. Es muß einmal die Tiefenstruktur bestimmt werden, die die Spannungen verursacht, und es müssen zweitens, unabhängig von der Tiefenstruktur, Spannungen an der Oberfläche identifizierbar sein.

Die Identifikation von Spannungslinien

Spannungslinien können in Konflikten aktualisiert werden, müssen es aber nicht. Da sie gleichzeitig nicht direkt aus der Tiefenstruktur abgelesen werden sollen, muß eine Zwischenebene gefunden werden zwischen Verhaltensarten wie Streiks oder Demonstrationen und Postulaten über die Tiefenstruktur wie z.B. über den antagonistischen Charakter des Klassegegensatzes. Mit Hilfe dieser Zwischenebene sollte es möglich sein, die Handlungsbereitschaft in strukturell vorgeformten Situationen zu verstehen. Ob die Handlung dann tatsächlich ausgeführt wird, hängt nicht nur von der Motivation, sondern auch von der Situation ab, in der sich der einzelne befindet. Materielle oder ideelle Interessen, Einstellungen, gesellschaftliche Wertorientierungen, Bedürfnisse sind mögliche Kandidaten für diese notwendige Sinnkomponente, ohne die Spannungslinien, unter den formulierten Bedingungen, nicht identifizierbar sind.

Doch reicht diese Sinnkomponente nicht aus. Es braucht nur an die materiellen Interessen erinnert zu werden, die bei je individueller Nutzenmaximierung über einen Marktmechanismus befriedigt werden können. Dauerhafte Interessenskollisionen bauen sich bei vollständiger Konkurrenz nicht auf, so daß der Preismechanismus auch keine Spannungslinien erzeugt.

Nimmt man die Typologie von kollektiven Entscheidungsmechanismen von Dahl und Lindblom (1953) auf und unterscheidet neben dem Preismechanismus noch den Abstimmungsmechanismus, Verbandsverhandlungen und die Bürokratie, so wird man in der Wahl und in

Gruppenverhandlungen die zwei konflikträchtigen Kollektiven Entscheidungsmechanismen erkennen. Bei Gruppenverhandlungen treffen die Interessengegensätze offen aufeinander und müssen in einem Kompromiß beigelegt werden. Für diesen Fall können wir den Begriff des Konflikts verwenden, ohne daß die Notwendigkeit bestünde, einen neuen Begriff wie den der Spannungslinien einzuführen.

Als zweite Bedingung für die Identifizierung von Spannungslinien sei die Existenz eines kollektiven Entscheidungsmechanismus postuliert, in dem sich die Interessengegensätze niederschlagen müssen. Der Mechanismus zum Ausdruck von Konfliktpotentialen ist die demokratische Wahl. Mit Hilfe von Wahlen und Abstimmungen soll es möglich sein, Konfliktpotentiale zu entdecken, die sich im offenen Konfliktverhalten nicht oder noch nicht erkennen lassen. Nach unserem ersten Identifikationskriterium genügt als offenes Verhalten nicht irgendein blinder Aktionismus, sondern nur ein sinnhaftes Verhalten, das auf ein kollektives Ziel hin orientiert ist. Der Grenzfall, in dem dieses Ziel in der Abstimmung selbst klar ersichtlich ist, ist ein Referendum. Ein anderer Grenzfall sind funktionale Äquivalente der Wahl wie Demonstrationen zur Durchsetzung konkreter politischer Forderungen.

Der Normalfall einer demokratischen Wahl ist anders gelagert. Es stellen sich Parteien zur Wahl, die für ein ganzes Bündel kollektiver Ziele stehen. Normale Wahlergebnisse können unter Zuhilfenahme von Umfragedaten im Hinblick auf Spannungslinien interpretiert werden. Dabei sei angenommen, daß die Parteien über eine gewisse Programmkontinuität verfügen, so daß sich der ideologische Sinn der Stimmabgabe für eine Partei nach einigen Jahren nicht in sein Gegenteil verkehrt. Obwohl die aktuellen politischen Probleme von Wahl zu Wahl verschieden sind, kann man in etablierten Demokratien doch eine gewisse Stabilität in der Anhängerschaft der Parteien beobachten. Dies hängt einmal mit der ideologischen Konstanz auf der Elitenebene zusammen. Dieses Problem muß hier aber ausgeklammert bleiben. Was im folgenden zu behandeln ist, sind die Tendenzen zu Stabilität und Wandel auf der Wählerebene. Rein habituelles Wahlverhalten wird dabei zwar eine gewisse Rolle spielen. Unter Berücksichtigung unserer eben formulierten ersten Bedingung zur Identifikation von Spannungs-

linien wird es aber entscheidend darauf ankommen, die mit der Wahlentscheidung für die einzelnen Parteien verknüpften Sinnelemente aufzuspüren. Selbst bei einer gewissen Programmkontinuität der Parteien ist noch nicht gesagt, daß bestimmte Gruppen der Wählerschaft mit der Wahl derselben Partei im Zeitablauf immer dieselben Ziele erreichen wollen.

Die Erklärung von Spannungslinien

Mit der Auffassung von Spannungslinien als struktureller Dispositionsbegriff wird eine gewisse Dauerhaftigkeit postuliert. Die in eine kollektive Entscheidung eingehenden Sinnelemente ordnen sich in mehreren Abstimmungen zum selben Muster. Stehen als empirische Evidenz nur die Stimmenanteile der Parteien zur Verfügung, wird man für diese Daten über längere Zeiträume relativ stabile Stimmenanteile der einzelnen Parteien erwarten.

Zwei Antworten wurden auf die Frage nach der Tiefenstruktur formuliert, eine amerikanische und eine europäische. Die amerikanische Antwort sieht die Ursachen der Stabilität in der psychischen Bindung der Wähler an die Parteien. Die europäische Antwort kann man mit dem Konzept der politisierten Sozialstruktur umschreiben. Die Ursachen der Stabilität von Parteiensystemen und damit von Spannungslinien sind die materiellen und ideellen Interessen von Bevölkerungsgruppen, die zur Vertretung ihrer Interessen eine feste Koalition mit bestimmten Parteien eingegangen sind.

Ideologische Spannungslinien ohne soziale oder organisatorische Abstützung wären ebenfalls denkbar, sind bisher aber nicht für die Wählerschaft in Erwägung gezogen worden. Es findet sich in der Literatur höchstens der Hinweis, daß mit der Bildungsexplosion der letzten Jahrzehnte und mit der Verbreitung der Massenmedien die Voraussetzungen für rein ideologische Gegensätze auch in der Masse der Bevölkerung besser geworden sind. Zusammen mit einer angeblich abnehmenden Bedeutung der Sozialstruktur für die Generierung von Spannungslinien gäbe es so Hinweise auf die in Zukunft wachsende Bedeutung rein ideologischer Gegensätze in der Wählerschaft (vgl. z.B. Inglehart, 1977). Bei der Konkretisierung der Spannungslinien für die Bundesrepublik

wird auf diesen Punkt zurückzukommen sein.

Nachdem der amerikanischen Lösung des Problems der Stabilität des Parteiensystems in Europa höchstens ein Teilerfolg beschieden war - es sei hier auf die umfangreiche Literatur zur Übertragbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation erinnert - wollen wir uns auf die sozialen Spannungslinien konzentrieren: Die dauerhaften Konfliktpotentiale, die in der Sozialstruktur verankert sind und bei Wahlen und Abstimmungen ihren Ausdruck finden.

Die entscheidende Frage ist, welche sozialstrukturellen Gruppierungen man als Träger gemeinsamer Interessen einführt. Die Entstehung solcher Gruppierungen kann entweder systematisch aus einer Theorie des sozialen Wandels abgeleitet werden oder man rekurriert auf die historisch in den einzelnen Gesellschaften tatsächlich aufgetretenen und auftretenden Konfliktgruppen. Die systematische und historische Antwort sind nicht ohne weiteres zur Deckung zu bringen. Wird es versucht, wie in der Typologie von Rokkan (1970), so kann zwar eine beeindruckende Rekonstruktion der als Folge der Nationwerdung und Industrialisierung aufgetretenen sozialen Spannungslinien gelingen, aber die Tatsache, daß aus dieser Typologie nichts folgt für die Voraussage der künftigen Entwicklung, macht auf den theoretischen Mangel dieses Ansatzes aufmerksam. Es handelt sich eben doch mehr um eine Typologie als um eine systematische Theorie des sozialen und politischen Wandels.

Zwei systematische Ansätze haben einen Beitrag zur Erklärung von Spannungslinien geleistet: Der marxistische Ansatz und die Theorie der strukturellen Differenzierung von Gesellschaften. Beschränken wir uns beim marxistischen Ansatz auf die Aussagen über die Tendenzen zur Gruppenbildung in der Wählerschaft allgemein, haben wir die Voraussage der zunehmenden Proletarisierung der Bevölkerung infolge der Konzentrationsprozesse des Kapitals zur Kenntnis zu nehmen. Im Laufe dieser Entwicklung wird das Kleinbürgertum aufgerieben und in seiner Mehrheit ins Proletariat absinken. Für die Ebene der Wählerschaft wird also eine zunehmende Homogenisierung vorausgesagt und damit eine Abnahme der Spannung.

Die These der strukturellen Differenzierung moderner Gesell-

schaften scheint für die Erklärung von Spannungslinien vor allem in den Teilen relevant, in denen Aussagen über die Entwicklung der Berufsstruktur gemacht werden. Ausgehend vom Primat der gesellschaftlichen Arbeitsteilung wird der Wandel der Berufsstruktur als Folge der drei Prozesse sozialen Wandels verstanden, der Industrialisierung, Bürokratisierung und Verwissenschaftlichung. Dem Zuwachs der Arbeiterschaft in der Phase der Industrialisierung folgt der Zuwachs der Büroberufe in der Phase der Bürokratisierung und der Zuwachs an wissenschaftlichen und technischen Fachkräften im Zuge der Verwissenschaftlichung der Arbeit. Was folgt aber aus diesem Wandel der Berufsstruktur für die Politik? Hat jede dieser Gruppen ein eigenes Interessenprofil, das es politisch durchzusetzen gilt? Hier liegt die eigentliche Schwäche dieses Ansatzes, wie man an einer seiner Versionen, der Theorie der post-industriellen Gesellschaft, unschwer erkennen kann. Die Theoretiker des Post-Industrialismus sparen die politische Dimension weitgehend aus, worauf Huntington (1974) hingewiesen hat, und die Empiriker, die diesen Ansatz doch zur Erklärung politischer Veränderungen benutzen, legen zum Teil eine bemerkenswerte Hilflosigkeit an den Tag. Was man mindestens annehmen sollte, ist die Orientierung dieser neuen Berufsgruppen an der eigenen Interessenlage, die auch für das politische Verhalten Folgen haben wird.

Die zunehmende strukturelle Differenzierung moderner Gesellschaften kann noch eine zweite, mehr indirekte Folge für die Spannungslinien haben. Diese Folgen treten dadurch ein, daß zwar die gesellschaftlichen Institutionen sich immer mehr auf-fächern, daß dieser Entwicklung auf der institutionellen Ebene aber keine Tendenz zur Gruppenbildung in der Bevölkerung mehr folgt. Dadurch wird der Antrieb zur kollektiven Interessenvertretung geschwächt. Die theoretischen Ansätze, die die abnehmende Tendenz zum offenen Klassenkonflikt in spätkapitalistischen Gesellschaften erklären wie die Disparitätsthese von Offe (1972), sind in diesem Zusammenhang relevant. Nicht umsonst behandeln Autoren wie Habermas (1973) in erster Linie Probleme der Systemintegration und nicht der Sozialintegration. Diese Tendenz zur Schwächung der Gruppenbildungsprozesse mag erklären,

warum die neu entstehenden Berufsgruppierungen bisher keine große politische Durchschlagskraft bewiesen haben.

Im Gegensatz zur marxistischen Prognose einer politischen Homogenisierung des lohnabhängigen Proletariats bzw. der Arbeitnehmerschaft folgt aus der Postindustrialisierungsthese eine Differenzierung der Berufswelt. Die politischen Folgen dieser Entwicklung treten jedoch hinter den heftigen Auswirkungen der Industrialisierung für die Entstehung sozialer Klassen und von eigenen Arbeiterparteien zurück. Man wird deshalb für die sozialen Spannungslinien in einer Gesellschaft, die Existenz einer Arbeiterpartei vorausgesetzt, eine Dominanz der industriellen vor den post-industriellen Interessenlagen prognostizieren.

Gibt die These der strukturellen Differenzierung und der marxistische Ansatz eine systematische Antwort auf die Frage nach den Bevölkerungsgruppen mit gleicher Interessenlage, kann man die historischen Zufälligkeiten von ethnischen Gruppen, regional konzentrierten Religionsgemeinschaften oder Regionen mit eigener Identität als gesellschaftliche Segmentationen begreifen. Nicht komplementäre Beiträge zum Funktionieren des Gesamtsystems leistend stellen sie tendenziell die Identität der politischen Gemeinschaft in Frage. Wichtig für die politische Durchsetzungsfähigkeit und damit für die sozialen Spannungslinien, die von diesen Bevölkerungsgruppen verursacht werden, ist, daß es sich um Vergemeinschaftungen handelt, die "auf subjektiv gefühlter ... Zusammengehörigkeit der Beteiligten" beruhen (Weber, 1922:21). Sind diese Gruppen einmal politisch mobilisiert worden, steht dahinter die ganze Kraft einer funktionierenden Gemeinschaft und nicht bloß einer Gemeinsamkeit von Interessen, die im Zweifelsfall auch ohne kollektive Verbindung von jedem einzeln in Reaktion auf gleiche Stimuli befriedigt werden können. Die kollektive Identität einer Vergemeinschaftung ist weniger prekär als die einer Vergesellschaftung - als der typischen Gruppierungsformation im Gefolge der strukturellen Differenzierung. Für einmal politisierte Vergemeinschaftungen wird man daher schon allein von der Gruppendynamik her eine dauerhafte Nachwirkung im System der sozialen Spannungslinien einer Gesellschaft erwarten.

Für die Untersuchung von Konstanz und Wandel der Hauptspan-

nungslinien in der Bundesrepublik lassen sich also die folgenden vier aus der theoretischen Diskussion abgeleiteten Erwartungen formulieren:

1. Abnehmende Bedeutung der sozialen Spannungslinien zugunsten der ideologischen.
2. a. Politische Homogenisierung der Arbeitnehmerschaft.
2. b. Politische Differenzierung der Arbeitnehmerschaft.
3. Dominanz der für die Industrialisierung typischen Spannungslinien.
4. Große Bedeutung von einmal politisierten Vergemeinschaftungen.

Diese Erwartungen widersprechen sich zum Teil und können deshalb nicht alle zugleich zutreffen. Es soll im folgenden untersucht werden, welche Hypothesen die Entwicklung der Spannungslinien in der Bundesrepublik erklären können.

Konstanz der Spannungslinien

Die Hypothesen 3 und 4 können die Konstanz der Spannungslinien erklären. Konkretisiert für die Bundesrepublik würde das bedeuten, daß Katholiken und Arbeiterschaft in ihrem Wahlverhalten sich von der jeweiligen Residualgruppe unterscheiden und daß sie mit ihrem Verhalten nach wie vor einen bestimmten Sinn verbinden und nicht einfach aus Gewohnheit so handeln.

Die normale empirische Basis reicht für Aussagen über soziale Spannungslinien im hier definierten Sinn nicht aus. Diese Basis besteht aus einer Aufgliederung der Wahlentscheidung nach sozialen Gruppen. Eine erste Vermutung der Konstanz von Spannungslinien würde nahegelegt, wenn sich die Zuordnung der sozialen Gruppen zu den Parteien im Zeitablauf nicht geändert hat. Eine Konstanz in dieser Zuordnung ist nicht gleichbedeutend mit der Aussage, daß sich das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien nicht verschoben hat. Dieses Kräfteverhältnis kann sich aus Gründen verändert haben, die mit den Spannungslinien nichts zu tun haben. So könnte sich z.B. die Entspannung der außenpolitischen Lage zugunsten einer Partei über alle Bevölkerungsgruppen hinweg gleich auswirken. Die Stimmen für diese Partei würden in allen Gruppen um den gleichen Betrag ansteigen, an den Diffe-

renzen der Stimmenanteile zwischen den Gruppen würde sich aber nichts ändern. Ein zweiter Grund für Veränderungen in den Stimmenanteilen der Parteien bei gleichbleibenden Spannungslinien sind Größenveränderungen der sozialen Gruppen. Wenn der Anteil der Arbeiterschaft abnimmt, sollte sich das negativ für eine Arbeiterpartei auswirken. Gäbe es nur solche durch wirtschaftliche Prozesse verursachten Größenveränderungen der einzelnen sozialen Gruppen bei Konstanz der Spannungslinien würde eine demographische Theorie des sozialen Wandels ausreichen.

Das Wahlverhalten der für die traditionellen Spannungslinien zentralen Bevölkerungsgruppen bei Bundestagswahlen ist an vielen Stellen dokumentiert und darf als bekannt vorausgesetzt werden (vgl. z.B. Pappi, 1973;1977). Wenden wir uns zunächst der konfessionellen Spannungslinie zu, so muß deren außerordentliche Stabilität in den letzten 30 Jahren hervorgehoben werden: An dem Unterschied in der CDU-Wahl zwischen Katholiken und Nichtkatholiken hat sich kaum etwas geändert. Angesichts der von niemandem bestrittenen zunehmenden Säkularisierung bereitet dieser Befund vielen Wahlsoziologen gewisse Interpretationsprobleme. Wenn sich der Faktor Religion bei einer Bundestagswahl wieder als wichtig herausgestellt hat, tröstet sich mancher damit, daß dies demnächst ja anders werden müsse. Nur anders wird es nun schon seit 30 Jahren nicht. Wenn wir für die Identifikation einer Spannungslinie das Sinnkriterium weiterhin als wesentlich ansehen, ist es mit dem bisher erwähnten Befund nicht getan. Rein traditionelles Verhalten der Katholiken würde für die Diagnose einer weiter existenten religiösen Spannungslinie nicht ausreichen.

Berücksichtigt man bei der Analyse zusätzlich noch intervenierende Variablen in der Form von gesellschaftlichen Wertorientierungen und der Kirchengangshäufigkeit, so stößt man auf ein Phänomen, das man als die Dynamik der Stabilität bezeichnen kann. Es zeigt sich nämlich, daß die religiöse Spannungslinie nicht zuletzt deshalb stabil bleiben konnte, weil religiöse Einstellungen im Zeitverlauf eher noch wichtiger für die Wahl geworden sind als vorher, und zwar auf Kosten der organisatorischen Bindung der Kirchengangshäufigkeit. Die religiöse Dimension ist für die deutsche Wählerschaft zentral geblieben, geändert hat sich im wesentlichen nur ihr Vorzeichen. Ein Beispiel möge

das verdeutlichen. Waren 1953 2/3 der deutschen Wähler für eine Erschwerung der Ehescheidung, so schrumpfte dieser Anteil bis 1976 auf 1/3. Ob aber 2/3 dafür sind und 1/3 dagegen oder 2/3 dagegen und 1/3 dafür, ist für den Grad der Polarisierung auf dieser Dimension unerheblich. Wir können die Einstellung zu solchen Fragen natürlich nicht mit einer Ratio-Skala messen, so daß sich hinter gleich formulierten Antwortkategorien nach 25 Jahren eine andere Bedeutung verstecken mag. Dies ist aber für unser Argument hier unerheblich. Solange es erhebliche Meinungsunterschiede auf dieser Dimension gibt, ist nicht so wichtig, an welcher Stelle der Dimension die aktuelle Auseinandersetzung gerade stattfindet. Eine zunehmende Liberalisierung der Einstellungen im religiösen Bereich wäre so durchaus mit einer weiterhin großen Bedeutung dieser Dimension für die Spannungslinien einer Gesellschaft vereinbar.

Daß die religiöse Dimension nichts an Bedeutung für die deutsche Wählerschaft eingebüßt hat, hängt auch mit der Politik selbst zusammen. Politische Fragen mit religiösem Bezug haben in der deutschen Geschichte in den letzten Jahrzehnten beständig eine gewisse Rolle gespielt. Man braucht hier nur an die Schulfrage, das Problem des Schwangerschaftsabbruchs und an die Scheidungsgesetze zu erinnern. Es war sogar das Vorrecht der sozial-liberalen Koalition, mit einem Teil ihrer inneren Reformen der religiösen Spannungslinie eine Aktualität verschafft zu haben, die frühere CDU-Regierungen nicht erzielt haben. Was man aus diesem Beispiel außerdem lernen kann, ist, daß eine Ideologisierung die alten sozialen Spannungslinien auch verstärken kann. Eine Abnahme der reinen Milieubindung kann durch eine größere Bedeutung einschlägiger Wertorientierungen ausgeglichen werden.

Im Unterschied zur religiösen Spannungslinie zeigte der Klassengegensatz im Wahlverhalten nicht dieselbe Stabilität. Wenn man die einfache Dichotomie Arbeiterklasse gegen Mittelklasse zur Aufgliederung der Wahlentscheidung verwendet, läßt sich sogar nachweisen, daß diese Variable viel von ihrer früheren Voraussagekraft verloren hat. Aus diesem Befund allein aber schon auf eine abnehmende Bedeutung der Sozialstruktur zu

schließen, wäre voreilig.

Die Mittelschichten sind schließlich keine sehr homogene Gruppe mit gemeinsamen materiellen Interessen. Man muß kein Marxist sein, um sich klarzumachen, daß die Einstellung von Selbständigen zu wohlfahrtstaatlichen Maßnahmen und zur Steuerpolitik sich von der von Angestellten und Beamten unterscheiden wird, relativ unabhängig vom beruflichen Prestige der jeweiligen Gruppen. Schon mit einer relativ einfachen weiteren Aufteilung der Mittelschichten in Selbständige und in neuen Mittelstand kann man das obige Ergebnis relativieren. Es zeigt sich dann nämlich, daß an den beiden Extremen der Klassendimension, nämlich in der Arbeiterschaft und bei den Selbständigen, die Spannungslinien über die letzten dreißig Jahre hinweg konstant geblieben sind. Es ist sogar eine etwas ausgeprägtere Tendenz der heute Selbständigen zur Wahl der CDU festzustellen als der Selbständigen zu Beginn der fünfziger Jahre. Fassen wir diesen Gegensatz von Arbeiterschaft und Selbständigen als Klassegegensatz auf, könnte man sogar vermuten, daß der Klassegegensatz sich etwas zugespitzt hat. Doch auch diese Interpretation muß mit einschlägigen Einstellungen abgestützt werden. Dabei ist für die Selbständigen zu vermuten, daß sie durch den Schrumpfungsprozess die eher zu einer linken Partei neigenden kleinstädtischen Handwerker verloren haben und von ihrer heutigen Interessensituation her eindeutiger auf die konservative Partei angewiesen sind. Wenn sie auf diese Interessen je individuell mit der Wahl der CDU reagieren, würden sie als "Klasse an sich" nicht zu einer Verschärfung dieser Spannungslinie beitragen. Was für diese Interpretation spricht, ist, daß die in einschlägigen Interessenverbänden organisierten Selbständigen sich in ihrem Wahlverhalten nicht von den unorganisierten Selbständigen unterscheiden. In ihrem politischen Verhalten fehlt den Selbständigen weitgehend eine kollektive Identität.

Was sich bei der Zuordnung der Berufsgruppen zu den politischen Parteien geändert hat, ist die Position des neuen Mittelstands. Der neue Mittelstand wechselte überproportional häufig zur SPD über und dieser Unterschied im Wahlverhalten gegenüber den fünfziger Jahren läßt sich auch für die Bundestagswahl 1976

nachweisen, als der Genosse oder Bürger Trend nicht mehr auszumachen war. In Übereinstimmung mit der oben formulierten These 2.a. müssen wir hier zunächst eine politische Homogenisierung der Arbeitnehmerschaft zur Kenntnis nehmen. Doch erst wenn wir sicher sein können, daß der neue Mittelstand aus denselben Gründen die SPD wählt wie die Arbeiterschaft, folgt daraus, daß diese Gruppe in die aus der Industrialisierungsphase herrührende Spannungslinie schließlich und endlich integriert worden ist.

Diese Vermutung läßt sich überprüfen, wenn man einschlägige Werterorientierungen als intervenierende Variable zwischen Beruf und Wahlentscheidung zu mindestens zwei Zeitpunkten einführen kann. Die These von der Proletarisierung des unselbständigen neuen Mittelstandes würde bedeuten, daß sich diese Gruppe ihrer wahren Klassenposition als Proletarier heute besser bewußt ist als vor dreißig Jahren. Eine Folge des erwachten Klassenbewußtseins könnte sein, daß Angehörige der neuen Mittelschichten sich in den letzten Jahren zunehmend gewerkschaftlich organisiert haben und dabei auch eine politische Koalition mit der traditionellen Partei des Proletariats eingegangen sind. Diese Hypothese läßt sich mit Umfragedaten falsifizieren. Es ist nur eine leichte Zunahme der Gewerkschaftsmitgliedschaft unter Angestellten und Beamten zu beobachten, die bei weitem nicht ausreicht, das geänderte Wahlverhalten zu erklären.

Doch selbst wenn die Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht der entscheidende intervenierende Mechanismus ist, könnte es trotzdem sein, daß der neue Mittelstand wenigstens seine Einstellung zur Gewerkschaftsbewegung entscheidend geändert hat. Als Trittbrettfahrer der gewerkschaftlichen Lohnpolitik hatten es die Angestellten und Beamten nur nicht nötig, auch den Gewerkschaften beizutreten. Geändert haben sollte sich dann allerdings ihre Einstellung gegenüber den Gewerkschaften mit den entsprechenden Folgen für ihr Wahlverhalten. Doch auch diese Hypothese kann falsifiziert werden. Zwar ist wiederum die Einstellung der Beamten und Angestellten zu den Gewerkschaften etwas positiver geworden, aber dieser kleine Trend reicht ebenso bei weitem nicht aus, um die geänderte Parteipräferenz des neuen Mittelstandes zu erklären. Berücksichtigt man außerdem, daß bei den Arbeitern die

Einstellung zu den Gewerkschaften eine sehr wichtige Einflußgröße auch für ihr Wahlverhalten geblieben ist, wird man die Homogenisierungsthese für die Arbeitnehmerschaft insgesamt eher skeptisch beurteilen. Es ist durchaus möglich, daß der neue Mittelstand aus ganz anderen Gründen die traditionelle Arbeiterpartei wählt als die Arbeiter selbst.

Neue Spannungslinien durch Wertewandel?

Wenn wir schon nicht alle Proletarier werden, ist die Frage, was dann die Hinwendung des neuen Mittelstands zur SPD erklärt. Bei Durchsicht der wahlsoziologischen Literatur fällt auf, daß sich die These von der "neuen Politik" hier zunehmender Beliebtheit erfreut. Zwar ist die These kein spezieller Ansatz zur Erklärung der Dynamik von berufsbezogenem politischen Verhalten, aber die These läßt sich auch in diesem Zusammenhang einsetzen. Am einflußreichsten ist die Theorie des Wertewandels in postindustriellen Gesellschaften, die von Inglehart (1977) entwickelt worden ist.

Was bedeutet dieser Begriff der "neuen Politik"? Er ist bisher noch relativ vage definiert im Hinblick auf alle die politischen Probleme, auf die die Aufmerksamkeit von der studentischen Bewegung der späten sechziger Jahre gelenkt wurde. In einem neueren Artikel (Hildebrandt und Dalton, 1977) werden die folgenden Einzelprobleme hierunter subsumiert: Lebensqualität, Umweltverschmutzung, Recht auf Schwangerschaftsabbruch und Scheidungsrecht. Eine liberale oder progressive Einstellung zu diesen Fragen sei Ausdruck einer post-materiellen Wertorientierung. Dabei werde der Nachdruck nicht mehr auf die traditionellen Sicherheits- und Unterhaltsbedürfnisse gelegt, sondern auf politische Ziele wie eine weniger unpersönliche Gesellschaft, mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und in der Politik, Meinungsfreiheit und Lebensqualität. Empirisch haben Hildebrandt und Dalton für die Bundesrepublik nachgewiesen, daß Angehörige der Mittelschichten mit dieser post-materialistischen Orientierung ganz überwiegend SPD-Wähler sind und daß von allen sozialen Schichten Angehörige der neuen Mittelschichten die Vorreiter dieser Bewegung sind.

Bei einer kritischen Beurteilung dieser These vom Entstehen neuer Spannungslinien in post-industriellen Gesellschaften wird man nicht darüber hinwegsehen dürfen, daß bei einem Teil der für diese Bewegung typischen Konflikte altvertraute Probleme mit neuen Vorzeichen angesprochen werden. Einige "issues" der sogenannten neuen Politik sind sehr alte "issues". Das gilt für den Schwangerschaftsabbruch genauso wie für die Scheidungsproblematik, Probleme, die ihre Bedeutung im Rahmen der religiösen Dimension haben.

Verwendet man die Einstellung zum Scheidungsrecht als intervenierende Größe zwischen sozialen Schichten einerseits und Wahlentscheidung andererseits, so läßt sich bei einem Vergleich dieser Daten für die Jahre 1953 und 1976 zeigen, daß die Einstellung zur Ehescheidung die Hinwendung des neuen Mittelstands zur SPD sehr viel besser erklären kann als die Einstellung zu den Gewerkschaften. Dieses empirische Ergebnis widerspricht nicht der eben erwähnten Interpretation, die in den post-materiellen Einstellungen des neuen Mittelstandes die Hauptursache der verstärkten SPD-Wahl sieht. Aber die generelle Interpretation würde doch sehr verschieden sein. Wenn die Spannungslinien in einer Gesellschaft zu mehr taugen sollen als zur Deskription, dann würde man erwarten, daß die traditionellen Spannungslinien die Möglichkeiten für die Entstehung neuer Spannungslinien einschränken. In Gesellschaften mit noch existierenden religiösen Spannungslinien muß daher das alte Parteiensystem ein perfekter Mechanismus zur Umsetzung von Liberalisierungsforderungen für den Bereich des persönlichen Lebens sein. Vielleicht ist die Wahlentscheidung des neuen Mittelstandes mehr eine Stimmabgabe gegen die CDU als eine für die SPD. Lediglich die FDP hat sich den Wählern mit derartigen Zielen unzweideutig als positiver Bezugspunkt angeboten.

Nimmt man die traditionellen Spannungslinien in einer Gesellschaft auch als Erklärungsmechanismus für neue Entwicklungen in Anspruch, lassen sich bessere Prognosen über das Verhalten der Eliten ableiten als mit der Behauptung von völligen Neuentwicklungen. Wenn sich nämlich neue politische Probleme mit den Argumenten des alten Spannungssystems verarbeiten lassen, wird die Elite sehr schnell und sensitiv reagieren können. Die alten

Spannungslinien haben ihre Spuren in den Parteiprogrammen und Wahlaufrufen hinterlassen, die politischen Führer brauchen nicht lange zu überlegen, wen sie gegen sich aufbringen, wenn sie eindeutig Stellung beziehen, und der Konflikt läßt sich so schnell beilegen.

Bei neuen politischen Problemen ohne Bezug zu den traditionellen Spannungslinien ist die Reaktionsfähigkeit der Eliten dagegen eingeschränkt. Hier müssen die politischen Führer mehr Energie zur Formulierung eines klaren Standpunkts aufwenden und das Ergebnis der Meinungsbildung ist nicht so gut kalkulierbar. Ein einschlägiges Problem scheint hier die Frage der Atomenergie zu sein. Aus der Logik der Spannungslinien in der Bundesrepublik kann man ableiten, daß der Antiatom-Bewegung kein Erfolg beschieden sein wird. Gerade durch die flexible Reaktion der Parteien auf den Liberalisierungsschub der späten sechziger Jahre ist die breite Koalition gegen das traditionelle Parteiensystem zerbrochen. Das Legitimitätseinverständnis mit dem gegenwärtigen politischen System der Bundesrepublik hat, wenn man Umfrageergebnissen aus den letzten Jahren vertrauen kann, trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten eher zugenommen. Wenn wichtige Gruppen des traditionellen Spannungssystems wie die Gewerkschaften der Kernenergie gegenüber eher positiv eingestellt sind und wenn andererseits das politische System generell bei breiten Bevölkerungsgruppen einen Vertrauensvorschuß besitzt, erscheint es nicht riskant, sich über die Forderungen einer Minderheit hinwegzusetzen.

Was einen in dieser Prognose bestärkt, ist der freischwebende Charakter dieses Protests. Die jugendlichen Protestgruppen rekrutieren sich schwerpunktmäßig aus Bereichen, die nur Durchgangsstadien für eine spätere Karriere sind. Erst wenn bestimmte politische Einstellungen für die kollektive Identität von dauerhaften sozialen Gruppen wichtig geworden sind, ist ein nachhaltiger Einfluß auf die Spannungslinien einer Gesellschaft zu erwarten. Selbst wenn man konzidiert, daß in Zukunft rein ideologische Konflikte an Bedeutung gegenüber den sozialen Spannungslinien zunehmen, werden diese Wertgemeinschaften organisatorischer Anknüpfungspunkte bedürfen.

Von den theoretisch abgeleiteten Erwartungen für die Struktu-

rierung von Spannungslinien in der deutschen Gesellschaft hat sich die Dominanz der für die Industrialisierung typischen Spannungslinien und die große Bedeutung des auf einer religiösen Vergemeinschaftung beruhenden Gegensatzes bestätigt. Der im Wahlverhalten erkennbaren Angleichung im Arbeitnehmerlager hat auf der Zwischenebene der Interessen und Wertorientierungen keine Angleichung entsprochen. Offen ist nach wie vor die Frage nach den politischen Konsequenzen der Differenzierung der Berufsstruktur infolge der Bürokratisierung und Verwissenschaftlichung. Daß die Berufsgruppen des neuen Mittelstands die generelle Liberalisierung der Gesellschaft stärker mitgetragen haben als andere soziale Gruppen, heißt noch nicht, daß diese Gruppe als Gruppe einen eigenen politischen Anspruch angemeldet hätte. Eventuell befindet sich hier eine Einbruchsstelle für mögliche neue Spannungslinien. So lange gerade der ideologisch aktive Teil dieser neuen Gruppierungen die Fahne des Sozialismus höher hält als es die Arbeiterschaft je getan hat, scheinen Zweifel angebracht, ob damit die Dominanz der für die Phase der Industrialisierung typischen Bevölkerungsgruppen für die Spannungslinien der deutschen Gesellschaft erschüttert werden kann.

Literatur

- Dahl, R.A., und C.E. Lindblom, 1953: Politics, Economics and Welfare.
- Habermas, J., 1973: Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus.
- Hildebradt, K. und R.J. Dalton, 1977: "Die neue Politik." PVS18, S. 230-256.
- Huntington, S., 1974: "Postindustrial politics." Comparative Politics 6, S. 163-191.
- Inglehart, R., 1977: The Silent Revolution.
- Offe, C., 1972: "Politische Herrschaft und Klassenstrukturen." S. 135-164 in Kress/Senghaas, Politikwissenschaft.
- Pappi, F.U., 1973: "Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik." PVS 14, S. 191-213.
- Pappi, F.U., 1977: "Sozialstruktur, Wertorientierungen und Wahlabsicht." PVS 18, S. 195-229.
- Rokkan, S., 1970: Citizens, Elections, Parties.
- Weber, M., 1922: Wirtschaft und Gesellschaft.